

Raudjärv, Matti

Working Paper

Wirtschaftspolitische Ziele und marktwirtschaftliche Transformation in Estland

Wirtschaftswissenschaftliche Diskussionspapiere, No. 04/2004

Provided in Cooperation with:

University of Greifswald, Faculty of Law and Economics

Suggested Citation: Raudjärv, Matti (2004) : Wirtschaftspolitische Ziele und marktwirtschaftliche Transformation in Estland, Wirtschaftswissenschaftliche Diskussionspapiere, No. 04/2004, Universität Greifswald, Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät, Greifswald

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/32338>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald
Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät
Wirtschaftswissenschaftliche Diskussionspapiere

Wirtschaftspolitische Ziele und marktwirtschaftliche Transformation in Estland

Matti Raudjärv
Diskussionspapier 4/04
März 2004

ISSN 1437-6989

Address:

Matti Raudjärv
Universität Tartu
Fakultät für Wirtschaftswissenschaften
Pärnu College
Narva 4
51009 Tartu
Estland
e-mail: mattir@hot.ee

Einleitung

Die Wirtschaft in Estland geht zielsicher von der Kommandowirtschaft zur Marktwirtschaft über, und das wird als primäres wirtschaftspolitisches Ziel betrachtet. Daneben ist die Integration Estlands in die Europäische Union immer aktueller geworden und damit die Einbindung in die EU-Institutionen. Obwohl im Hinblick auf diese beiden zentralen Ziele in Estland schon wesentliche positive Ergebnisse erreicht worden sind, gibt es noch sehr viel zu tun. Die vielen Möglichkeiten nach der Wiedererlangung der politischen Unabhängigkeit sind noch nicht vollkommen ausgenutzt worden, weil die jeweiligen wirtschaftspolitischen Ziele nicht immer hinreichend klar, konkret und komplex aufgestellt und die künftigen gesamtwirtschaftlichen Erfordernisse oft nur ungenügend berücksichtigt worden sind.

Ein wichtiger Grund dabei ist, dass es neben der relativ unbestimmten Zielsetzung schwer ist, rationale Mittel zur Erreichung dieser Ziele zu ermitteln und durchzusetzen. Obwohl Ziele manchmal klar abgegrenzt sind, hat es sich in der wirtschaftspolitischen Praxis häufig als schwierig erwiesen, diese in wirtschaftspolitisches Handeln umzusetzen. Man hat zur Erreichung der Ziele die falschen Mittel gewählt oder richtige Mittel falsch eingesetzt. Dies wiederum hängt damit zusammen, dass für die Vorbereitung und Durchführung wirtschaftspolitischer Maßnahmen sowohl auf der ökonomischen wie auf der politischen Ebene immer noch Erfahrungen und Kenntnisse fehlen. Die wirtschaftspolitischen Ergebnisse sind auf diese Weise unbefriedigender als sie auf Grund der wirtschaftlichen Lage des Landes sein könnten. Im folgenden sollen einige Überlegungen zur Problematik wirtschaftspolitischer Ziele in Estland dargestellt werden.

Neben Primär-, Sekundär- und Unterzielen, die in der theoretischen und praktischen Wirtschaftspolitik marktwirtschaftlicher Länder eine Rolle spielen, lassen sich folgende typische Ziele der Wirtschaftspolitik unterscheiden /Streit, M. E. ... 2000/:

- hoher Beschäftigungsstand,
- Wirtschaftswachstum,
- Preisniveaustabilität,
- außenwirtschaftliches Gleichgewicht,
- Einkommensverteilung,
- Umweltschutz.

Diese Ziele, die man aus solchen gesellschaftlichen Grundwerten wie Wohlstand, Freiheit, Frieden, Gerechtigkeit und Sicherheit ableitet, sollen nun für die Wirtschaftspolitik Estlands näher betrachtet werden.

1. Hoher Beschäftigungsstand

Die Schaffung von Bedingungen für einen möglichst hohen Beschäftigungsstand ist eine der wesentlichen Aufgaben des Staates. Doch haben in Estland die wirtschaftspolitischen Entscheidungsorgane wenig zur Senkung der Arbeitslosenquote beigetragen. Probleme des Beschäftigungsstandes werden in der estnischen Wirtschaftspolitik selten und eher zurückhaltend behandelt. Wenn über dieses Thema überhaupt diskutiert wird, so steht dabei die Zahl angemeldeter Arbeitsloser im Mittelpunkt, nicht aber die Arbeitslosenquote. Obwohl das Statistische Amt Estlands auch die Angaben zur Arbeitslosenquote sammelt, werden diese in der Öffentlichkeit kaum in

gaben zur Arbeitslosenquote sammelt, werden diese in der Öffentlichkeit kaum in nennenswertem Umfang verwendet.

Nach den Angaben der Arbeitsämter wurden im Januar 2003 insgesamt 46537 Arbeitsuchende registriert, was 5,7% der Bevölkerung zwischen 16 Jahren und dem Renten-Alter ausmacht. (Januar 1997: 39198 Arbeitsuchende). Nach den Angaben des Statistischen Amtes betrug 2002 die Arbeitslosenquote in Estland 10,3 % (1997: 9,6 %; 2000: 13,6 %), wobei diese bei Männern wesentlich höher war (2002: 10,3 %; 1997: 10,1 % und 2000: 14,5 %) als bei Frauen (2002: 9,7 %; 1997: 9,2 % und 2000: 12,6 %). /Arbeitsamt Estlands; Eesti Statistika Aastaraamat 1997, 2003/

Im Unterschied zu der Anzahl der offiziell angemeldeten Arbeitslosen in Estland zeigte die nach der Methodik der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) durchgeführte Untersuchung, dass die Arbeitslosenquote im zweiten Quartal 1997 10,5 % erreichte. Regional gesehen, war die Arbeitslosenquote im Nordosten und Südosten von Estland am höchsten, wo sie 14,1 % erreichte. In den anderen Regionen lag die Arbeitslosenquote zwischen 8,4 und 9,9%. Die Zahl der arbeitslosen Männer und Frauen war mehr oder weniger gleich. /Postimees, nr. 61(2180), 5.03.98/

Tabelle 1 zeigt, dass die Arbeitslosenquote in vielen entwickelten marktwirtschaftlichen Ländern auch hoch ist. Daher dürfte es eigentlich für die offiziellen Stellen in Estland keinen Grund geben, den Eindruck zu erwecken, als ob hier die Arbeitslosenquote niedrig und alle damit verbundenen Probleme zweitrangig seien. Vielmehr ist die Arbeitslosigkeit in Estland eines der primären Probleme, das man entschlossen und zielsicher angehen sollte. Staatliche und kommunale Organe in Estland müssen alles tun, um zur Schaffung neuer Arbeitsplätze beizutragen. Dazu gehören auch Maßnahmen der Qualifikationserhöhung und Umschulung von Arbeitnehmern, wobei den Arbeitgebern hier eine wichtige Funktion zukommt.

Tabelle 1: Arbeitslosenquoten einiger marktwirtschaftlicher Länder (in %)

	Land	1970	1980	1990	1995	2000	2001, Pro- gnose
1.	Österreich	-	-	-	3,9	4,6	4,6
2.	Belgien	2,1	8,8	7,2	9,9	7,0	6,8
3.	Spanien	2,5	11,1	15,9	22,9	14,1	13,2
4.	Niederlande	1,0	6,0	7,5	6,9	2,4	2,2
5.	Irland	5,8	7,3	13,3	12,3	4,3	3,9
6.	Italien	5,3	7,5	11,6	10,7	12,0	10,0
7.	Griechenland	-	-	-	9,2	11,3	10,8
8.	Luxemburg	-	0,6	1,7	2,9	2,6	2,5
9.	Portugal	2,5	7,7	4,6	7,3	4,0	4,1
10.	Frankreich	2,5	6,2	8,9	11,7	9,7	8,6
11.	Schweden	1,5	2,0	1,8	8,8	4,7	4,1
12.	BR Deutschland	0,8	2,9	4,8	8,2	7,8	7,3
13.	Finnland	1,9	4,6	3,4	15,2	9,8	9,1
14.	Großbritannien	3,0	6,4	6,9	8,7	5,5	5,4
15.	Dänemark	0,7	6,5	7,7	7,2	4,8	4,7
16.	Norwegen	1,6	1,6	5,2	5,0	3,4	3,4
17.	Schweiz	-	0,2	0,6	3,5	2,0	1,9
18.	Japan	1,1	2,0	2,1	3,1	4,7	4,9
19.	Kanada	6,6	7,5	8,1	9,4	6,8	7,2
20.	USA	4,8	7,0	5,6	5,6	4,0	4,6

Quellen: Zahlen zur wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland. Ausgabe 1997, . Institut der deutschen Wirtschaft Köln. – Köln: Dt. Instituts-Verl., 1997; Deutschland in Zahlen/ Institut der deutschen Wirtschaft Köln. –2001 - . Köln: Dt. Instituts-Verl., 2002

2. Wirtschaftswachstum

Das estnische Bruttoinlandsprodukt (BIP) zu konstanten Preisen nahm von 1998 - 2001 um 13,5 % zu. Im Jahr 2001 betrug das BIP in laufenden Preisen 97,9 Mrd. Kronen (Eesti Statistika aastaraamat 2003). Überdurchschnittlich hoch war das Wachstum in der Industrie, in der Lagerwirtschaft, im Bauwesen, im Handel, im Transportwesen, im Restaurant- und Hotelgewerbe, bei der Finanzvermittlung und bei der Telekommunikation. In der Landwirtschaft, in der Forstwirtschaft und in der Fischereiwirtschaft ist das BIP zurückgegangen.

In der verarbeitenden Industrie stieg das BIP zu konstanten Preisen um 26,0 %. Die Produktion erhöhte sich besonders in der Textilindustrie, Holzverarbeitung, Getränke- und Lebensmittelindustrie, Kleidungsindustrie, Metallindustrie, Druckerei und in der Herstellung von Papier und Papierwaren.

Tabelle 2: Gesamtproduktion nach Branchen 1994 - 1995 (zu konstanten Preisen von 1993) und in den Jahren 1998-2001(zu konstanten Preisen von 2000), Mio. Kronen.

Sektor	1994	1995	Veränderung (1995:1994) %	1998	2001	Veränderung (2001:1998) %
Primärsektor						
Landwirtschaft	1600,4	1564,9	-2,2	2909,7	2665,7	-8,4
Forstwirtschaft	253,5	325,6	28,4	1742,3	1676,5	-3,8
Fischerei	112,9	136,7	21,1	310,5	187,5	-39,6
Bergbau	344,7	337,1	-2,2	855,3	879,3	2,8
Sekundärsektor						
Verarbeitende Industrie	3627,7	3812,6	5,1	12 355,8	15 569,4	26,0
Energie-, Gas- und Wasserversorgung	708,8	674,6	-4,8	2765,0	2594,1	-6,2
Bauwesen	1257,8	1323,5	5,2	4557,9	4965,4	8,9
Tertiärsektor						
Groß- und Einzelhandel	3474,7	3750,3	7,9	10 088,0	11 695,9	15,9
Restaurants und Hotels	275,1	264,0	-4,0	879,0	1266,1	44,0
Transportwesen, Lagerwirtschaft	2396,4	2405,4	0,4	275,8	13 986,4	24,0
Immobilien-geschäfte	1403,0	1587,6	13,2	8179,4	9420,6	15,2
Finanzvermittlung	589,0	596,1	1,2	2724,5	3380,0	24,1
Staatsverwaltung	687,9	695,5	1,1	3604,7	3716,0	3,1
Bildung	1138,1	1173,5	3,1	4396,9	4459,1	1,4
Gesundheitswesen und Sozialarbeit	513,4	511,9	-0,3	2730,8	2874,6	5,3
Sonstige Dienstleistungen	1018,5	1072,5	5,3	3482,5	3914,3	12,4
Insgesamt in Basispreisen	19401,9	20231,8	4,3	71 824,5	81 879,3	14,0
Nettoabgaben	2262,1	2353,3	4,0	10 124,3	11 141,8	10,1
Insgesamt in Marktpreisen	21664,0	22585,1	4,3	81 948,8	93 021,1	13,5

Quelle: Eesti Statistika Aastaraamat 1997/ Statistical Yearbook of Estonia. Statistikaamet/ Statistical Office of Estonia. Tallinn, 1997; Eesti Statistika Aastaraamat 2003/ Statistical Yearbook of Estonia. Statistikaamet/ Statistical Office of Estonia. Tallinn, 2003

Um das Wirtschaftswachstum zu sichern, ist es erforderlich, konkurrenzfähige Produkte mit hoher Qualität herzustellen. Dabei sollte man sich an den Kriterien orientieren, die in den Ländern mit entwickelter Marktwirtschaft und insbesondere in den Staaten der EU gültig sind. Denn nur dann hat Estland die Chance, seine Produkte sowohl auf dem Westmarkt, als auch im Osten absetzen zu können. Im entgegengesetzten Fall, wenn die Produkte und Dienstleistungen nicht hinreichend den

in der EU geltenden hohen Qualitätsstandards entsprechen, wird man sich vor allem mit dem Ostmarkt zufriedengeben müssen, obwohl auch hier die Qualitätsanforderungen steigen und die Erfahrung außerdem zeigt, dass die osteuropäischen Märkte instabil und mit zahlreichen Überraschungen verbunden sind.

Die Erhöhung der Konkurrenzfähigkeit der Produkte und Dienstleistungen setzt den Einsatz moderner, leistungsfähiger Anlagen sowie hochqualifizierter und disziplinierter Arbeitskräfte voraus. Unentbehrlich ist auch die Entwicklung solcher Ideen, Produkte und Dienstleistungen, die den Forderungen des entwickelten Marktes entsprechen.

3. Preisniveaustabilität

Der reale Wohlstand der Bevölkerung hängt neben dem Wirtschaftswachstum auch von der Preissteigerungsrate ab. Zu ihrer Messung werden in Estland vor allem drei Preisindizes verwendet:

- Verbraucherpreisindex,
- Produzentenpreisindex,
- Baupreisindex.

Der Verbraucherpreisindex, der die Veränderung der Preise von Konsumwaren und Dienstleistungen umfasst, erhöhte sich 2002 im Vergleich zu 2001 um 3,6%. Dabei wurden die Waren um 1,9 % (Lebensmittel 2,7 % und Industriewaren 1,1 %) und die Dienstleistungen um 6,8 % teurer.

Der Produzentenpreis der Industrieproduktion bezieht sich auf Preisveränderungen der in Estland hergestellten Industriewaren und umfasst die Industriewaren sowohl für den inländischen Markt als auch für die Ausfuhr. Der Preis wird ohne Umsatz- und Warensteuer berechnet. 2002 veränderte sich dieser Preisindex gegenüber 2001 in der verarbeitenden Industrie um -1,1 %, in der Energetik um +13,2 % und im Bergbau um -0,1 %.

Mit dem Baupreisindex erfasst man die Entwicklung der Baukosten bezogen auf Schwankungen der Konjunktur. In Direktkosten gerechnete Mittel umfassen die Kosten für Arbeitskraft, Baugeräte und Baumaterialien. Der Baupreisindex wird in vier Gebäudearten berechnet – Eigenheime, Etagenhäuser, Industrieanlagen und Institutionsgebäude. Der auf diese Weise berechnete Preis erhöhte sich 2002 gegenüber 2001 im Durchschnitt aus 12 Monatswerten um 4,0 %. /Eesti Statistika Aasta-raamat 2003/

Für die estnische Wirtschaft ist somit der beträchtliche Preisanstieg charakteristisch. In vielen für die Bevölkerung wichtigen Bereichen sind die Preise der Waren und Dienstleistungen viel schneller gestiegen als die Nettoeinkommen, was unter anderem auch eine Folge der Arbeit der Gewerkschaften ist.

Die Preiserhöhung eines Produktes oder einer Dienstleistung bedingt in vielen Fällen den Preisanstieg anderer Produkte und Dienstleistungen. Das bringt negative Folgen für die Wirtschaft mit sich und bewirkt die wirtschaftliche Instabilität und die Unzuverlässigkeit der Wirtschaftspolitik. Die größten Probleme entstehen dann, wenn der Preisanstieg größer ist als der Lohn- und Gehälterzuwachs, denn dadurch verkleinert sich die Kaufkraft der Bevölkerung, vergrößern sich die Span-

nungen in der Gesellschaft und erhöht sich die Gefahr sozialer Konflikte; das alles wirkt sich wiederum negativ auf ökonomische Entscheidungen aus. Derartige Probleme sind heute in Estland sehr aktuell.

Schwierig ist die Lage auch im Bereich der Landwirtschaft, da hier die Preise der Produktionsmittel schneller gestiegen sind als die Aufkaufpreise der Landwirtschaftserzeugnisse. Eine derartige Situation ist die Folge einer einseitigen Wirtschaftspolitik, in der nicht der inländische Hersteller, sondern Finanzunternehmen, Banken und Handel bevorzugt werden. So hat man die Einfuhr billiger Konsumgüter und Lebensmittel gefördert und viel zu wenig Aufmerksamkeit auf die Förderung der estnischen Produktion und damit auch die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen gerichtet.

4. Außenwirtschaftliches Gleichgewicht

Anfang der neunziger Jahre änderte sich die regionale Struktur des Warenverkehrs erheblich. Es begann die Umorientierung vom Osten auf den Westen. Im Jahre 1993 betrug der Anteil der EFTA- und EU-Länder in der estnischen Gesamtausfuhr 49,3 % und in der Gesamteinfuhr 61,4 %. Insgesamt wurden Waren in 118 Länder exportiert und aus 145 Ländern importiert. Im Warenverkehr entstand ein negativer Saldo von 1,2 Mrd. Kronen.

Im Jahre 1995 überstieg die Einfuhr wie in den Vorjahren die Ausfuhr, wobei die Einfuhren sich um 35,4% und die Ausfuhren um 24,3% pro Jahr erhöhten. Das Außenhandelsdefizit betrug 8,1 Milliarden Kronen oder 16,1 % vom Gesamtumsatz. Die wichtigsten Exportpartner waren Finnland, Russland, Schweden, Lettland und Deutschland. Die wichtigsten Importländer waren Finnland, Russland, Deutschland, Schweden und die Niederlande. 1995 wurde Russland von Finnland in der Ausfuhr auf den zweiten Platz verdrängt. Insgesamt wurden 1995 Waren in 120 Länder exportiert und aus 157 Ländern importiert. Folgend sind wesentliche Merkmale des Warenhandels im Jahre 1995 beschrieben:

- Exportschlager waren Textilwaren mit 13,5 % der Gesamtexporte (1994 13,7 %). Die Ausfuhr von Maschinen und Anlagen sank auf 7,0 % (1994 12,3 %).
- Bei den Einfuhren blieben Maschinen und Anlagen mit 21,6 % (1994 19,7 %) auf dem ersten Platz, danach folgte die Einfuhr von Mineralprodukten mit 11,5 % (1994 19,7 %) und von Textilwaren mit 10,4 % (1994 10,3 %). Der Anteil von Lebensmitteln am Gesamtimport nahm deutlich ab.

Im Jahre 2002 betrug der Außenhandelsumsatz 136,4 Mrd. Kronen, davon erzielten die Ausfuhren 56,9 Mrd. Kronen und die Einfuhren 79,5 Mrd. Kronen. Im Vergleich zu 1995 stiegen die Einfuhren um 270,4 % und die Ausfuhren um 273,0 %, das einen weiteren Rückgang des Exportanteils am gesamten Außenhandel bedeutet. 1992 machte dieser noch 52,0% aus, um dann 2002 auf nur 41,7% zu sinken. Das schnellere Wachstum der Einfuhren verursachte somit den Anstieg des Außenhandelsdefizits, das 2002 22,6 Mrd. Kronen betrug.

In den Jahren 1993-2002 nahm das Außenhandelsdefizit um das 19-fache zu, wobei der Außenhandelsumsatz sich um das 6,1-fache vergrößerte und zwar von 22,5 Mrd. Kronen auf 136,4 Mrd. Kronen (Eesti statistika aastaraamat 1997,2003).

5. Einkommensverteilung

Den höchsten durchschnittlichen Bruttolohn pro Monat bezogen in den Jahren 1992, 1995 und 2002 die Beschäftigten im Finanzwesen und zwar 1078, 4951 und 13 258 Kronen. In den gleichen Jahren waren die niedrigsten Bruttolöhne in der Land- und Forstwirtschaft zu verzeichnen, sie betrugen entsprechend 388, 1405 und 3896 Kronen; also im Vergleich zum Finanzwesen jeweils 2,8 bzw. 3,5 und 3,4 mal niedriger. Das durchschnittliche Bruttoeinkommen in Estland entwickelte sich in den Jahren 1992, 1995 und 2002 von 549 über 2375 auf 6144 Kronen pro Monat. Damit stieg das Durchschnittseinkommen von 1992 - 2002 um mehr als das 11-fache (vgl. Tabelle 3).

Bei einer Differenzierung nach Landkreisen ergeben sich folgende Spannen bei den Bruttolöhnen (im Jahre 2001):

- Landkreise Tartu, Hiiu, Harju, darunter Tallinn: 4745-6716 Kronen,
- Landkreise West-Viru, Ost-Viru, Pärnu, Rapla: 4465-4702 Kronen,
- Landkreise Valga, Viljandi, Saare, Järva: 4086-4450 Kronen,
- Landkreise Jõgeva, Põlva, Võru, Lääne: 3878-4040 Kronen.

Diese Unterschiede sind mit vielen Aspekten der Wirtschaftspolitik verbunden, ganz eng zum Beispiel mit der regionalen und sektoralen Strukturpolitik und selbstverständlich mit der Lohnpolitik. Wenn wir von der Regionalpolitik ausgehen, so finden wir, dass die Verteilungsproblematik stark davon abhängt, in welchem Maße der Staat, als unmittelbar für die Wirtschaftspolitik Verantwortlicher, die Schaffung von Arbeitsplätzen fördert und Anreize zur Erhöhung der Investitionsneigung bietet, die dann in den einzelnen Landkreisen, Städten und Gemeinden aufgegriffen werden können. Leider sind hier aber durch die staatliche Wirtschaftspolitik zahlreiche Fehler gemacht worden. So hat man im Privatisierungsprozess nicht nur gesamtwirtschaftliche, sondern auch Einzelinteressen berücksichtigt, beispielsweise bei der Auflösung der ehemaligen Staatsbetriebe und ihres Vermögens.

Tabelle 3: Bruttodurchschnittseinkommen pro Monat und Lohnindex nach Sektoren 1992 und 2002

Haupttätigkeitsgebiet	Bruttolohn in Kronen	Lohnindex 1992=100,0
-----------------------	----------------------	-------------------------

	1992	2002	2002
Primärsektor			
Landwirtschaft	388	3896	1004,1
Forstwirtschaft	473	5219	1103,4
Fischerei	540	4701	870,6
Bergbau	737	7458	1011,9
Sekundärsektor			
Verarbeitende Industrie	536	5665	1056,9
Energetik, Gas- und Wasserversorgung	835	7321	876,8
Bauwesen	647	5891	910,5
Tertiärsektor			
Groß- und Einzelhandel, technische Dienstleistungen			
Hotels, Restaurants	403	3551	881,1
Verkehr	867	7074	815,9
Geldwesen	1078	13258	1229,9
Immobilien­geschäfte	488	8122	1664,3
Staatsverwaltung und Sozialversicherung	533	7844	1471,7
Bildung	459	5366	1160,1
Gesundheitswesen und Sozialversorgung	415	4983	1200,7
Sonstige Dienstleistungen	437	4993	1154,2
Insgesamt	549	6144	1119,1

Quelle: Eesti statistika aastaraamat 1997/ Statistical Yearbook of Estonia. Statistikaamet/ Statistical Office of Estonia. Tallinn, 1997; Eesti statistika aastaraamat 2003/ Statistical Yearbook of Estonia. Statistikaamet/ Statistical Office of Estonia. Tallinn, 2003;

6. Umweltschutz

Die durch die Produktion bedingte Umweltverschmutzung hat sich in den letzten Jahren in Estland reduziert und das vor allem, weil die industrielle und die landwirtschaftliche Produktion in den neunziger Jahren wesentlich (oft um mehr als die Hälfte) zurückgegangen sind. Die Ursachen dieser Entwicklungen liegen darin, dass man die Produktion der Güter niedriger Qualität, die die Verbraucher nicht nötig haben, eingestellt hat, aber auch in der Privatisierung, der Umstrukturierung der Produktion, der veränderten Exportstruktur und in anderen Faktoren. So konnten die Schadstoffemissionen deutlich gesenkt werden: 2002 waren Sie um das dreifache niedriger als 1985. Trotzdem ist die Umweltverschmutzung in Estland viel größer als in den Nachbarländern Finnland und Schweden, was nicht zuletzt auf den Einsatz veralteter Technologien zurückzuführen ist.

Der Einsatz neuer Kläranlagen hat die Wasserqualität verbessert: (2002 waren die Verschmutzungswerte der Abwässer 8-mal niedriger als 1993, der Schwebstoffgehalt 10-mal und die Ge-

samtphosphormenge 3-mal kleiner als 1990). Die Einleitung von Abwasser in die Gewässer hat sich im Vergleich zu 1985 um das 8-fache vermindert. Die Menge der Abfälle ist von 15,2 Mio. Tonnen 1992 auf 12,8 Mio. Tonnen 2002 gesunken. Im Vergleich zu 1990 ist sowohl die Wasserentnahme wie der Wasserverbrauch um 57,5 % zurückgegangen.

Die Aufwendungen der Unternehmen für den Umweltschutz betragen 2001 607 Mio. Kronen, jene der Gemeinde- und Stadtverwaltungen 89 Mio. Kronen. Der Anteil der Investitionen für den Umweltschutz machte von den Bruttoanlageinvestitionen der Unternehmen 6 % aus. /Eesti Statistika Aastaraamat 1997, 2003/

Mit der Umweltpolitik hängt auch das Thema des Produktionsfaktors Boden zusammen. Dies ist in Estland um so aktueller, als im Transformationsprozess auch Boden und Waldflächen privatisiert werden. Geht man davon aus, dass der Boden das wesentlichste und wichtigste Produktionsmittel ist, so kommt es darauf an, ihn nicht nur ökonomisch, sondern auch ökologisch effektiv einzusetzen. Zum Glück legt man in der letzten Zeit gerade auf diesen Aspekt immer mehr Wert. In Estland nutzt man den Boden vor allem für die Land- und Forstwirtschaft und den Abbau industrieller Rohstoffe. Daneben ist er aber auch für den Wohnungs-, Industrie- und Verkehrswegebau von Bedeutung. Im folgenden seien einige Probleme im Zusammenhang mit der forstwirtschaftlichen Nutzung näher betrachtet.

2001 waren 47,9 % der Fläche Estlands mit Wald bedeckt. Die Rückgabe des rechtswidrig enteigneten Bodens und die Auszahlung der finanziellen Kompensation geht bald zu Ende. Der ganze Vorgang vollzog sich sehr langsam und verursachte deshalb viel Chaos und Probleme. Dahinter stehen Fehler der Gesetzgebung, aber auch mangelndes volkswirtschaftliches Verantwortungsgefühl und Eigennutz einiger staatlicher und kommunaler Behörden.

Das Problem besteht darin, dass es zahlreiche mit Wald bedeckte Grundstücke gibt, bei denen anstelle der Rückgabe eine finanzielle Entschädigung gefordert wurde und die der Staat jetzt privatisieren kann. Meistens handelt es sich um Grundstücke, die den Kolchosen gehört haben, von diesen nicht vernünftig bewirtschaftet wurden und die daher jetzt in einem sehr schlechten Zustand sind. Oft wollen natürliche Personen bei der Versteigerung Waldgrundstücke erwerben, um ihren Bauernhof zu vergrößern und auf diese Weise einen Ersatz für jene Grundstücke zu erhalten, die bei der Privatisierung nicht zurückerstattet wurden (zum Beispiel nach dem Gesetz über Bauernhöfe) oder um ihnen vom Staat zugeteilte Privatisierungsgutscheine sinnvoll nutzen zu können. Hat eine solche Person von der Gemeindeverwaltung eine entsprechende Genehmigung bekommen, misst sie nach eigenem Gutdünken den Boden. Nachdem alles bei der Gemeindeverwaltung, dem Katasteramt und der Kreisverwaltung erledigt ist, verkündet der Staat durch die Gemeindeverwaltung die Versteigerung.

Auf Grund der rechtlichen Bestimmungen ist es in Estland möglich, dass an einer solchen Versteigerung alle ins Handelsregister eingetragenen Personen teilnehmen können, die auf dem betreffenden Grundstück zumindest die letzten drei Jahre gewohnt haben und die sich mit landwirtschaftlicher Produktion beschäftigen. So kommt es häufig vor, dass an der Versteigerung Personen teilnehmen, die selbst kein Land kaufen wollen, sondern dies als bezahlte Strohmannen für Firmen tun, die Land aufkaufen wollen, nach außen hin aber bei der Versteigerung nicht in Erscheinung treten. Das Problem besteht nun darin, dass diese im Hintergrund agierenden Unternehmen, bei denen es

sich um finanzstarke, häufig auch ausländische oder im Auftrag von Ausländern auftretende Firmen handelt, von der ersteigerten Waldfläche einen Gebrauch machen, der weder den volkswirtschaftlichen, noch den ökologischen Interessen Estlands bzw. der jeweiligen Region entspricht. Dies betrifft vor allem den angemessenen forstwirtschaftlichen Holzeinschlag. Hier hat es wiederholt Probleme gegeben. Ist dies der Fall, so kann das betreffende Grundstück in Staatseigentum übergehen. Der Staat bekommt auf diese Weise heruntergewirtschaftete Grundstücke mit ökologischen Schäden, deren sachgemäße Beseitigung sehr aufwendig ist.

In diesem Zusammenhang bestehen noch beträchtliche Gesetzeslücken. Auch fehlt häufig die Bereitschaft und Fähigkeit, konsequent regional- und umweltpolitische Ziele durchzusetzen. So müsste eine Möglichkeit geschaffen werden, den Ankauf von Waldflächen durch Strohmänner zu unterbinden und die Eigentümer zu einem forstwirtschaftlich angemessenen Verhalten zu zwingen bzw. sie für die von ihnen verursachten ökologischen Schäden zur Verantwortung zu ziehen. Vielleicht könnten Staat und Gemeinden Firmen für die Aufforstung gründen, die im öffentlichen Auftrag den Wald wieder herstellen, wobei die Qualität der Aufforstungsarbeiten überprüft werden sollte. Entsprechende Aufwendungen müssten aber von den Besitzern der Grundstücke getragen werden.

Zusammenfassung

Der Erfolg der Wirtschaftspolitik in Estland hängt neben vielen anderen Umständen in hohem Maße davon ab, wie klar und konsequent wirtschaftspolitische Ziele angestrebt werden, welche wirtschaftspolitischen Mittel zur Erreichung der Ziele eingesetzt werden, wie rational dieser Ziel-Mittel-Einsatz erfolgt und ob hierbei die gesamtwirtschaftlichen Interessen im Mittelpunkt stehen oder jene partieller Interessengruppen. Hier konnten bei den in diesem Aufsatz behandelten wirtschaftspolitischen Zielen teilweise noch beträchtliche Defizite für Estland festgestellt werden.

Das Ziel eines hohen Beschäftigungsstandes wird in Estland noch völlig unzureichend verfolgt. Außerdem sind die Arbeitsmarktstatistik und ihr wirtschaftspolitischer Stellenwert noch sehr problematisch. Arbeitsangebot, Arbeitsvermittlung sowie quantitative und qualitative Unzulänglichkeiten des Stellenangebots gehören zu den größten Problemen in der estnischen Gesellschaft. Einerseits gibt es beträchtliche Arbeitslosigkeit. Andererseits können viele Arbeiten nicht oder nicht angemessen ausgeführt werden, weil es hierfür nicht genügend Arbeitskräfte gibt oder diese eine zu niedrige Qualifikation haben. Hier wäre eine wesentlich aktivere Tätigkeit des Staates nötig. Dies betrifft auch die mit dem Bildungssystem zusammenhängenden Probleme, deren Lösung höchste Priorität erfordern. Darüber hinaus ist beim Beschäftigungsproblem der regionalpolitische Aspekt stärker als bisher zu berücksichtigen.

Die wirtschaftspolitischen Ziele zur Sicherung von Wirtschaftswachstum und des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts hängen eng miteinander zusammen. Hier kommt es vor allem auf die Herstellung qualitativ hochwertiger und wettbewerbsfähiger Produkte und Dienstleistungen sowie auf die Förderung von Investitionen und technischem Fortschritt an. Hier sind auch Zusammenhänge zum Beschäftigungsproblem sowie zu Problemen der Regionalpolitik zu sehen.

Ein weiteres großes Problem stellt die Inflation, insbesondere im Bereich der notwendigen Güter, dar. Eine gewisse Preiserhöhung für viele Konsumgüter und Dienstleistungen ist beim Übergang von der Kommandowirtschaft in die Marktwirtschaft oft unumgänglich, leider aber häufig für die Öffentlichkeit nicht genug verständlich, und wird außerdem häufig ohne Berücksichtigung der rea-

len Einkommensentwicklung der Bevölkerung vorgenommen. Die Preiserhöhung vollzieht sich oft sprunghaft, und der Nominallohnzuwachs bleibt hinter der Preisentwicklung zurück.

Damit sind auch Verteilungsprobleme verbunden. Denn die Einkommensverteilung hängt ja mit der Beschäftigungssituation ebenso zusammen wie mit dem Bildungssystem, mit den Möglichkeiten der Weiterbildung und Umschulung, mit dem Angebot wettbewerbsfähiger Waren und Dienstleistungen und damit den längerfristigen Wachstumschancen. Angesprochen wurden auch die regionalen Einkommensdisparitäten. Hier wären verstärkte regionalpolitische Anstrengungen erforderlich.

Viele der hier behandelten Probleme ergeben sich daraus, dass es noch nicht ausreichend gelungen ist, die einer marktwirtschaftlichen Ordnung entsprechenden Spielregeln durchzusetzen. Die Ursachen sind also vor allem Defizite im Bereich der Ordnungspolitik. Die in diesem Bereich bisher getroffenen Maßnahmen sind oft mangelhaft und widersprüchlich. Auch ist es noch nicht in dem erforderlichen Maße gelungen, bei der Bevölkerung – und damit auch bei den Investoren – Vertrauen in Politik und Verwaltung zu schaffen. Hier ist ein grundlegendes Umdenken erforderlich. Es muss vor allem darauf ankommen, die Wirtschaftspolitik künftig nicht isoliert an Einzelzielen auszurichten, sondern bei der Vorbereitung und Durchführung wirtschaftspolitischer Maßnahmen die Ziele in Anbetracht ihrer gegenseitigen Einflüsse anzugehen. Dies ist bisher in der estnischen Wirtschaftspolitik nicht geschehen. Das soll nicht heißen, dass man sich seit dem Zusammenbruch des Sozialismus in Estland nur mit unwesentlichen Problemen beschäftigt hat. Beim Übergang von der Kommandowirtschaft zur Marktwirtschaft und bei der Vorbereitung für den Beitritt zur EU gibt es für Estland keine unwesentlichen Probleme - in der jetzigen Entwicklungsphase sind alle einzelnen Problembereiche wichtig. Was man aber vernachlässigt hat, ist die Komplexität und die Interdependenz der einzelnen Ziele. Verfolgt man nur Einzelziele, dann riskiert man einen Mißerfolg und die Verschwendung des möglichen wirtschaftspolitischen Potentials. Die klare, präzise und komplexe Bestimmung der wirtschaftspolitischen Ziele in möglichst allen Bereichen des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens, der Einsatz der hierfür nötigen Mittel und die konsequente Durchsetzung entsprechender Maßnahmen müssten die Voraussetzungen für das wirtschaftliche Umfeld schaffen, das für die Entwicklung der estnischen Wirtschaft sowie ihre Integration in die europäische Wirtschaft und für die Zusammenarbeit mit den EU-Ländern erforderlich ist.

Literaturverzeichnis

1. Deutschland in Zahlen/ Institut der deutschen Wirtschaft Köln. –2001 - . Köln: Dt. Instituts-Verl., 2002
2. Eesti statistika aastaraamat/ Statistical Yearbook of Estonia 1997.- Tallinn: Eesti Statistikaamet/
Statistical Office of Estonia, 1997
3. Eesti statistika aastaraamat 2003/ Statistical Yearbook of Estonia.- Tallinn: Eesti Statistikaamet/
Statistical Office of Estonia, 2003
4. Postimees, Nr.61 (2180), 05.03.1998
5. Streit, Manfred E. Theorie der Wirtschaftspolitik.- 5., neubearb. u. erw. Aufl.- Düsseldorf: Werner, 2000

6. Zahlen zur wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland. Ausgabe 1997.-
Institut der deutschen Wirtschaft.- Köln, 1997

Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald
Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät
Wirtschaftswissenschaftliche Diskussionspapiere

Bisher erschienen:

- 1/97 Ole Janssen/Carsten Lange: „Subventionierung elektronischer Geldbörsen durch staatliche
Geldschöpfungsgewinne“
- 2/97 Bernd Frick: „Kollektivgutproblematik und externe Effekte im professionellen Team-Sport:
'Spannungsgrad' und Zuschauerentwicklung im bezahlten Fußball“

- 3/97 Frauke Wilhelm: „Produktionsfunktionen im professionellen Mannschaftssport: Das Beispiel Basketball-Bundesliga“
- 4/97 Alexander Dilger: „Ertragswirkungen von Betriebsräten: Eine Untersuchung mit Hilfe des NIFA-Panels“
- 1/98 Volker Ulrich: „Das Gesundheitswesen an der Schwelle zum Jahr 2000“
- 2/98 Udo Schneider: „Der Arzt als Agent des Patienten: Zur Übertragbarkeit der Principal-Agent-Theorie auf die Arzt-Patient-Beziehung“
- 3/98 Volker Ulrich/Manfred Erbsland: „Short-run Dynamics and Long-run Effects of Demographic Change on Public Debt and the Budget“
- 4/98 Alexander Dilger: „Eine ökonomische Argumentation gegen Studiengebühren“
- 5/98 Lucas Bretschger: „Nachhaltige Entwicklung der Weltwirtschaft: Ein Nord-Süd-Ansatz“
- 6/98 Bernd Frick: „Personal-Controlling und Unternehmenserfolg: Theoretische Überlegungen und empirische Befunde aus dem professionellen Team-Sport“
- 7/98 Xenia Matschke: „On the Import Quotas on a Quantity-Fixing Cartel in a Two Country-Setting“
- 8/98 Tobias Rehbock: „Die Auswirkung der Kreditrationierung auf die Finanzierungsstruktur der Unternehmen“
- 9/98 Ole Janssen/Armin Rohde: „Einfluß elektronischer Geldbörsen auf den Zusammenhang zwischen Umlaufgeschwindigkeit des Geldes, Geldmenge und Preisniveau“
- 10/98 Stefan Degenhardt: „The Social Costs of Climate Change: A Critical Examination“
- 11/98 Ulrich Hampicke: „Remunerating Conservation: The Faustmann-Hartmann Approach and its Limits“
- 12/98 Lucas Bretschger: „Dynamik der realwirtschaftlichen Integration am Beispiel der EU-Osterweiterung“
- 13/98 Heiko Burchert: „Ökonomische Evaluation von Telematik-Anwendungen im Gesundheitswesen und Schlußfolgerungen für ihre Implementierung“
- 14/98 Alexander Dilger: „The Absent-Minded Prisoner“
- 15/98 Rainer Leisten: „Sequencing CONWIP flow-shops: Analysis and heuristics“

- 1/99 Friedrich Breyer/Volker Ulrich: „Gesundheitsausgaben, Alter und medizinischer Fortschritt: eine ökonomische Analyse“
- 2/99 Alexander Dilger/Bernd Frick/Gerhard Speckbacher: „Mitbestimmung als zentrale Frage der Corporate Governance“
- 3/99 Paul Marschall: „Lebensstilwandel in Ostdeutschland: Ansatzpunkte für gesundheitsökonomische Analysen“
- 4/99 Lucas Bretschger: „One the predictability of knowledge formation: the tortuous link between regional specialisation and development“
- 5/99 Alexander Dilger: „Betriebsratstypen und Personalfuktuation: Eine empirische Untersuchung mit Daten des NIFA-Panels“
- 6/99 Claudia Werker: „Market Chances of Innovative Firms from Transition Countries in Inter-regional Markets“
- 7/99 Udo Schneider: „Ärztliche Leistung und Compliance des Patienten - der Fall des Double Moral Hazard“
- 1/00 Florian Buchner/Jürgen Wasem: „Versteilerung der alters- und geschlechts-spezifischen Ausgabenprofile von Krankenversicherern“
- 2/00 Lucas Bretschger: „Konvergenz der europäischen Regionen“
- 3/00 Armin Rohde/Ole Janssen: „EU-Osterweiterung: Ist ein schneller Beitritt zur Europäischen Währungsunion für Estland sinnvoll?“
- 4/00 Lembo Tanning: „Schätzkriterien des Außenhandels zwischen der Europäischen Union und mittel- und osteuropäischen Ländern“
- 5/00 Frank Hettich/Carsten Schmidt: „Deutschland, ein Steuermärchen?“
- 6/00 Cornelia Kerim-Sade/Alexander Crispin/Jürgen Wasem: „An External control of Validity of the German EuroQol-5D Questionnaire“
- 7/00 Lucas Bretschger/Frank Hettich: „Globalisation, Capital Mobility and Tax Competition: Theory and Evidence for OECD Countries“
- 8/00 Frank Hettich: „The Implications of International Cooperations for Economic Growth, Environmental Quality and Welfare“
- 9/00 Alexander Dilger: „The Market is Fairer than Bebhuk’s Scheme“
- 10/00 Claudia Werker: „Market Performance and Competition: A Product Life Cycle Model“

- 11/00 Joachim Schwerin: „The Dynamics of Sectoral Change: Innovation and Growth in Clyde Shipbuilding, c. 1850-1900“
- 12/00 Lucas Bretschger/Sjak Smulders: „Explaining Environmental Kuznets Curves: How Pollution Induces Policy and New Technologies“
- 13/00 Franz Hessel: „Wertigkeit der Augeninnendruckmessung mittels Non-contact Tonometrie durch Augenoptiker in Deutschland. Eine Kosten-Wirksamkeits-Analyse“
- 14/00 Lucas Bretschger: „Internationaler Handel im Ostseeraum - sozioökonomische Hintergründe“
- 15/00 Hans Pechtl: „Die Kongruenzhypothese in der Geschäftsstättenwahl“
- 01/01 Joachim Prinz: „Why Do Wages Slope Upwards? Testing Three Labor Market Theories“
- 02/01 Armin Rohde/Ole Janssen: „Osteuropäische Currency Board-Länder und die optimale Integrationsstrategie in die Europäische Währungsunion am Beispiel Estlands“
- 03/01 Lucas Bretschger: „Wachstumstheoretische Perspektiven der Wirtschaftsintegration: Neure Ansätze“
- 04/01 Stefan Greß, Kieke Okma, Franz Hessel: „Managed Competition in Health Care in The Netherlands and Germany – Theoretical Foundation, Empirical Findings and Policy Conclusion“
- 05/01 Lucas Bretschger: “Taking Two Steps to Climb onto the Stage: Capital Taxes as Link between Trade and Growth”
- 06/01 Udo Schneider: “Ökonomische Analyse der Arzt-Patient-Beziehung: Theoretische Modellierung und empirische Ergebnisse”
- 07/01 Paul Marschall: „Lernen und Lebensstilwandel in Transformationsökonomien“
- 08/01 Thomas Steger: „Stylised Facts of Economic Growth in Developing Countries“
- 09/01 Hans Pechtl: “Akzeptanz und Nutzung des B-Commerce im B2C. Eine empirische Analyse“
- 10/01 Hannes Egli: „Are Cross-Country Studies of the Environmental Kuznets Curve Misleading? New Evidence from Time Series Data for Germany“
- 01/02 Stefan Greß, Kieke Okma, Jürgen Wasem: „Private Health Insurance in Social Health Insurances Countries – Market Outcomes and Policy Implications“

- 02/02 Ole Janssen, Armin Rohde: "Monetäre Ursachen der Arbeitslosigkeit in Currency Board-Systemen?"
- 03/02 Alexander Dilger: „Never Change a Winning Team – An Analysis of Hazard Rates in the NBA“
- 04/02 Thomas Steger: "Transitional Dynamics in R&D-based Models of Endogenous Growth"
- 05/02 Franz Hessel, Eva Grill, Petra Schnell-Inderst, Jürgen Wasem: "Modelling costs and outcomes of newborn hearing screening"
- 06/02 Veronica Vargas, Jürgen Wasem: "Using selected diagnoses to improve the Chilean Capitalization formula"
- 07/02 Susann Kurth: "Die mittel- und osteuropäische EU-Beitrittskandidaten auf dem Weg in die EU: Eine Bestandsaufnahme und Analyse der Kriterien von Maastricht"
- 08/02 Roland Rollberg: „16 Fälle kostenminimaler Anpassung eines Aggregats bei im Zeitablauf konstanter Intensität“
- 09/02 Jüri Sepp: „Estlands Wirtschaftspolitik im Rahmen der Koordinationsanforderungen der EU“
- 01/03 Ole Janssen: „Vergleich zwischen Currency Board-System und Standard Fix-System“
- 02/03 Mart Sörg: „Reformation of the Estonian Banking System“
- 03/03 Bert Kaminski: „Aktuelle steuerliche Neuregelungen und deren Auswirkungen auf unternehmerische Entscheidungen – unter besonderer Berücksichtigung des Steuervergünstigungsabbaugesetzes vom 11. April 2003“
- 04/03 Stefan Mirschel, Roland Rollberg, Ulrich Steinmetz: „Technologische Fundierung der Produktionsfunktion vom Typ D mit Hilfe von Verbrauchs- und Erzeugungsfunktionen“
- 05/03 Heiko Kay Xander: "Evolutionäre Optimierung mit MUTABA (Mutativ-Biologischer Algorithmus) Version 2.1"
- 06/03 Michael Lerm, Roland Rollberg: "Ellipsenverfahren zur betriebsübergreifenden simultanen Losgrößen- und Bestellmengenplanung"
- 07/03 Bert Kaminski, Günther Strunk: „Anmerkungen zum Entwurf der „Gewinnabgrenzungsaufzeichnungsverordnung“ GAufzV vom 11. August 2003 (BR-Drucks. 583/03)“
- 08/03 Jan Körnert, Jan Hendrik Abendroth, Marén Holdschick u. Robert Straßner: „Internationale Preisindexanleihen als Instrument zum Schutz vor Inflation und zum Schätzen von Inflationserwartungen“

- 09/03 Robert Straßner u. Jan Körnert: „Strategische Allianzen als betriebswirtschaftliches Konzept zur strategischen Unternehmensführung“
- 10/03 Jan Körnert, Bernd Nolte u. Marén Holdschick: „Neuere Entwicklungen im italienischen Bankensystem“
- 11/03 Jan Körnert: „Empirische Befunde zur Balanced Scorecard: Umsetzungsstand und Konsequenzen“
- 01/04 Hans Pechtl: „Das Preiswissen von Konsumenten. Eine theoretisch-konzeptionelle Analyse“
- 02/04 Cornelia Wolf, Jan Körnert: „Stakeholder Scorecard versus Balanced Scorecard“
- 03/04 Stefan Mirschel, Heinz-Eckart Klingelhöfer, Michael Lerm: “Bewertung von Stimmrechtsänderungen”